

Der Privatbeamte und das öffentliche Leben.

Unter diesem Titel¹ ist kürzlich eine Broschüre erschienen, die außer einem Aufruf, dem Nationalverein beizutreten, einen Vortrag des Ingenieurs A. Thimm enthält, der als Redner im Dienste des Bundes der technisch-industriellen Beamten schon an verschiedenen Orten öffentlich auftrat.

Die Ausführungen dieses Vortrags sind nach zwei Richtungen hin interessant; erstens als ein kleines Kulturdokument, das zeigt, wie sehr die Schäden unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise in den Reihen des Proletariats der Intelligenz sich fühlbar machen, und zweitens als Dokument für die Naivität der Ansichten über Politik im allgemeinen, die bei diesem selben Intelligenzproletariat herrschen.

Die Gründe, warum die Privatbeamten sich vom öffentlichen Leben fernhalten, sind nach Thimm teils äußere: schlechte Bezahlung, die nicht gestattet, auch geringere Beträge für politische Zwecke zu opfern; bei den Verheirateten komme dazu noch ein zu enger Gesichtskreis der Frauen gegenüber Ausgaben, die nicht das Hauswesen betreffen; auch lange Arbeitszeiten gehören zu diesen äußeren Gründen.

Wichtiger aber als diese äußeren seien die inneren Gründe, die in dem Wesen der Tätigkeit der Privatangestellten überhaupt lägen.

In diesen nun folgenden Schilderungen liegt unseres Erachtens die Stärke der Thimmischen Broschüre; man sieht, daß der Verfasser die ganzen jammervollen Zustände am eigenen Leibe erfahren und durchgekostet hat, sonst könnte er sie nicht so treffend zeichnen. Er führt aus, wie weit im Großbetrieb die Arbeitsteilung auch für die Tätigkeit der Beamten durchgeführt ist, wie der einzelne immer mehr seine Obliegenheiten mechanisch erledigt, und daß der Prozeß an manchen Orten schon so weit vorgeschritten ist, daß nur zur Ausarbeitung von Neuheiten besser bezahlte Kräfte verwendet werden. Ist es diesen gelungen, die Arbeit zu normalisieren, werden sie selbst wieder abgeschoben, billigere Leute angeleert, die dann auf dem eingefahrenen Wege sich weiter helfen. Den Arbeitern ist dies Verfahren ja schon längst nichts Neues mehr. Es wird das ganze System geschildert, das der Römer in die Worte „Divide et impera“ zusammenfaßte. Wir erfahren, wie man durch dieses „Trennen und herrschen“ das Arbeitsgebiet des einzelnen nach Möglichkeit beschränkt, wie man den einzelnen mit Säunen umgibt und mit Scheitklappen behängt, damit ja kein Blick von einem in das Gebiet des anderen fallen kann; wie dadurch der Beamte seinem Vorgesetzten gegenüber vollständig hilflos gemacht, ein Geist der Kleinlichkeit und Engherzigkeit, des Neides und der Mißgunst großgezogen wird; wie als einzige Sorge des Privatbeamten das Bestreben herauskristallisiert, sich das Wohlwollen seiner Vorgesetzten dauernd zu erhalten. Gerade diese Bemühung sei am ersten dazu angetan, den Menschen auch im Charakter zur Unselbständigkeit, also zur Charakterlosigkeit zu erziehen.

„Wer einem Vogel die Flügel beschneidet, mit denen er zu fliegen gewöhnt ist; wer so die Lerche verhindert, in die Lüfte zu steigen und ihr Liedchen in Gottes freier Natur zu singen, der wird wegen Tierquälerei bestraft; wer aber dem Menschen die Schwingen der Seele beschneidet, ihn in seiner geistigen Arbeit knechtet und dadurch ihm die Freude an der Arbeit nimmt, der ist ein guter Arbeiter im Weinberg der Aktiengesellschaften und kann auf gute Karriere sicher rechnen.“

Solches und Ähnliches liegt sich ja ganz schön; auch das folgende Zugeständnis läßt sich mit einer kleinen Einschränkung hören:

„Da haben es unsere organisierten Arbeiter doch schon weiter gebracht; die singen ihre eigenen Lieder mit einer mitunter wirklich herzerquickenden Deutlichkeit. Sie haben durch ihre Organisation und ihr politisches Streben sich ihre Persönlichkeit und Freiheit wieder erobert, in mancher Beziehung überhaupt erst erobert.“

¹ Alfred Thimm, Der Privatbeamte und das öffentliche Leben. 2. Heft: Volksschriften des Nationalvereins für das liberale Deutschland. München, Nationalverein, Finkenstr. 3. 20 Seiten. Preis 10 Pfennig.

Und wenn wir die politische Richtung, soweit sie von der einer radikalen, liberalen Demokratie abgeht und sich in Theorien verliert, auch nicht billigen und mitmachen können, so muß doch diese Organisationsfreudigkeit und vor allem der politische Wille, der in den Massen erzogen ist, unbedingt als Vorbild und Beispiel für die Privatbeamten dienen.“

Welche von den Theorien der Arbeiter Herr Thimm nicht billigen kann, entzieht sich unserer Kenntnis, da die Definition radikal-liberale Demokratie uns zu dehnbar ist, um daran messen zu können. Wir wissen also zum Beispiel nicht, ob die agrarische Kanzlerschaft Bülow's, oder das möglichst schnelle, tatkräftige Erzingen des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den preussischen Landtag zum Inventar der von Herrn Thimm vertretenen radikal-liberalen Demokratie gehört oder nicht. Dies jedoch wissen wir, daß uns wohl selten so naive Ansichten über Politik vorgekommen sind, wie sie die folgenden Sätze zeigen:

„Die Volksgemeinschaft soll diejenigen Rechte, die der einzelne Stand zu seiner Entwicklung bedarf, sich nicht im Kampfe abzwängen lassen, sondern soll sie ihm, wenn sie das Bedürfnis erkannt hat, durch den Mehrheitsbeschluß der Parlamente oder durch den Druck der öffentlichen Meinung einräumen.“

Wo in der Geschichte ist das, was der einzelne Stand zu seiner Entwicklung bedarf, nicht durch Kampf errungen worden? Ist nicht der preussische Wahlrechtskampf zurzeit das faßlichste Schulbeispiel? Und hier handelt es sich um die Entwicklung der übergroßen Majorität eines zahlreichen Volkes, nicht um eine Handvoll Standesgenossen.

Wo bleibt hier das Erkennen des Bedürfnisses und der Mehrheitsbeschluß der Parlamente trotz des Druckes der öffentlichen Meinung? Und weiter sagt Herr Thimm von den politischen Vereinen und Parteien:

„Sie allein können über den Interessen- und Berufsverbänden stehen, sie können und sollen unbedingt den gemeinsamen Boden für das Zusammenarbeiten von Chef und Angestellten abgeben, in ihnen nur kann sich die für das öffentliche Leben so fruchtbare und notwendige Wechselwirkung einstellen zwischen den Angehörigen eines Standes, einer Berufsgruppe und den übrigen Volksgenossen. Haben nicht Chefs und Beamten in der Politik die gleichen Interessen?“

Betrachten wir darauffhin die einzelnen Parteien, so finden wir nichts weniger als ein Stehen über den Interessen- und Berufsverbänden, sondern wir sehen im Gegenteil, daß die Parteien ohne Ausnahme weiter nichts sind als Ausschüffe für die Führung der Geschäfte einzelner Klassen, einzelner Interessen- und Berufsverbände. Und so sehen wir auf der einen Seite sämtliche bürgerliche Parteien mit alleiniger Ausnahme des Zentrums als die Vertreter der besitzenden Klassen. Das Zentrum bildet deswegen eine Ausnahme, weil dank aller derjenigen Mittel, die der Kirche zur Verfügung stehen, seine Angehörigen nach jeder Richtung in Unaufgellärtheit gehalten werden und deshalb das Zentrum von allen übrigen bürgerlichen Parteien noch den größten Prozentsatz besitzloser Wähler innerhalb seinen Reihen hat.

Und die Rücksicht auf diesen Prozentsatz seiner Wähler ist es auch, die das Zentrum mitunter zu weitergehenden demokratischen Forderungen zwingt, als wie sie die Mehrzahl der übrigen bürgerlichen Parteien vertritt. Und auf der anderen Seite steht die Dreimillionenpartei der Besitzlosen, die deren Interessen wahrnimmt. Weil nun die Besitzlosen die überwiegende Majorität des Volkes bilden, so erkennen immer größere Kreise bei der zunehmenden Schärfe der wirtschaftlichen Kämpfe, daß diese Partei die Vertreterin der Interessen der Majorität des Volkes ist.

Und nun zum Schluß möchten wir gegenüber dem Satze, den Herr Thimm aufstellt: „Haben nicht Chefs und Beamten in der Politik die gleichen Interessen?“ ihm folgende Erwägung mit auf den Weg geben. Warum ist Herr Thimm Mitglied des Bundes der technisch-industriellen Beamten geworden und nicht beispielsweise des Technikerverbandes? Doch-deshalb, weil er im Bund als einer gewerkschaftlichen Organisation zum so und so vielen Male schon gepredigt hat, daß eine Harmonie

zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Angestellten und der Unternehmer nicht existiert. Nun möge uns Herr Thimm gefälligst mitteilen, wo hört das wirtschaftliche Interesse auf und wo fängt die Politik an? Er wird nicht imstande sein, dies beantworten zu können, und muß deshalb logischerweise seinen bisher auf wirtschaftlichem Gebiet vertretenen Standpunkt auf die Politik übertragen oder als Irrtum revidieren. Damit ist nun nicht gesagt, daß nicht in der Tat einige Interessen des Chefs mit den Angestellteninteressen sich decken, und das gilt gerade von dem, was Herr Thimm in den folgenden Sätzen ausführt: „Hängt nicht das Blühen von Handel und Wandel davon ab, daß im Lande großzügig und in freiheitlichem Geiste regiert wird? Leiden nicht alle gleichmäßig, wenn engherzigerweise bürokratische Befehle und Zollgrenzen den Verkehr erschweren? Ist nicht gerade unter den deutschen Produktionsverhältnissen bei unserer großen Veredelungs- und Fertigungsindustrie alles auf hochstehende Qualitätsarbeiter angewiesen und darum eine liberale, großzügige Schulpolitik ein Lebensnerv für unsere Zukunft, gleich wichtig für jedes Mitglied der Volksgemeinschaft?“

Hand aufs Herz, welche von allen Parteien hat gerade diese Forderungen am energischsten vertreten? Wir glauben, wohl keine mehr als die sozialdemokratische; und daß die liberalen Parteien da außerordentlich viel gesündigt haben, das scheint auch Herr Thimm zu fühlen, weil er sagt, „es müsse ehrlich Spiel getrieben werden . . . und es sei zuviel gesündigt worden, um alle die Sünden wieder so schnell vergessen zu machen“.

An den von Herrn Thimm gewünschten liberalen Sturmwind, der da kommen soll, glauben wir allerdings nicht, angesichts der famosen Blockpolitik und der übrigen Kunststücke des Liberalismus. Wohl aber hoffen wir, daß noch mancher Sturmwind kommen wird, der dem Herrn Thimm den jungliberalen (der Nachdruck ist auf jung zu legen) Sand allmählich aus den Augen bläst, so daß er und viele seiner Standesgenossen sich der Partei anschließen, die ehrlich Spiel treibt und die Befreiung aller Arbeiter, also auch der geistigen, auf ihr Banner geschrieben hat.

A. Sch.

Literarische Rundschau.

W. Gleichauf, *Geschichte des Verbandes der deutschen Gewerksvereine*. Berlin-Schöneberg 1907, Buchverlag der „Hilfe“. 300 Seiten. 3 Mark.

Man ist fast schmerzlich davon berührt, daß ein deutscher Arbeiter ein solches Buch schreiben konnte. Herr Gleichauf, der erster Vorsitzender des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter ist, mag für Hirsch-Dunckersche Verwaltungsgeschäfte eine recht schätzenswerte Kraft sein; damit sind seine Fähigkeiten aber auch erschöpft. Wenigstens hätte er sein Buch selbst mit bewusster Anstrengung nicht schludriger im Stil und subaltern in der Anordnung schreiben können, als es geschehen ist. Ohne den historischen Hintergrund auch nur punktierend anzudeuten, wird über die Entstehung und Entwicklung der Gewerksvereine bis 1904 mit einer Trockenheit berichtet, die nur durch eine beträchtliche Anmaßung gewirzt wird. Dafür ein Beispiel: „Nimmt man dann noch alle die Momente zusammen, dann fällt das, was ein gewisser H. Meyer in einem Buche: ‚Der Emanzipationskampf des vierten Standes‘ damals schrieb, in sich selbst zusammen.“ So zerschmettert W. Gleichauf mit einem zentnerschweren „ein gewisser“ den bekannten konservativen Sozialpolitiker Rudolf Meyer! Welch ein Simson!

Und doch ist eines an dem Buche Gleichauf's bemerkenswert: die fast böshafte Fähigkeit, mit der er jedes Stäubchen herbeiträgt, das geeignet sein könnte, zu beweisen, daß im Grunde genommen Fortschrittspartei und Hirsch-Dunckersche Gewerksvereine miteinander nichts zu schaffen haben. Das rührt daher, daß Herr Gleichauf vermutlich auf dem Boden der westdeutschen Hirsch-Dunckerschen steht, die Anhänger